

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Jürgen Koppelin,  
Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/2662 –**

### **Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr herstellen – Wehrpflicht aussetzen**

#### **A. Problem**

Die deutsche Sicherheitspolitik ist den gemeinsamen Werten der europäisch-atlantischen Staatengemeinschaft verpflichtet. Die große Mehrheit der NATO-Mitgliedstaaten hat die Wehrpflicht ausgesetzt oder plant, dies zu tun. Die Antragsteller fordern deswegen die Bundesregierung auf, die Wehrungerechtigkeit zu beenden und die Wehrpflicht auszusetzen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 15/2662 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2004

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Reinhold Robbe**  
Vorsitzender

**Rainer Arnold**  
Berichterstatter

**Christian Schmidt (Fürth)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Rainer Arnold und Christian Schmidt (Fürth)

### I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/2662 wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. März 2004 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/2662 soll die Bundesregierung aufgefordert werden:

1. die Wehrungerechtigkeit zu beenden und die Wehrpflicht auszusetzen,
2. die Bundeswehr so zu strukturieren, dass umfassende Nachbesserungen oder Umstrukturierungen für mindestens ein Jahrzehnt ausgeschlossen werden können,
3. ein neues Laufbahnrecht zu erarbeiten, das den neuen Gegebenheiten gerecht wird,
4. für die Soldatinnen und Soldaten ein eigenes Besoldungsrecht zu erarbeiten, angelehnt an das Beamtenbesoldungsrecht,
5. die Versorgungsgesetzgebung mit Blick auf die Gefahren bei Auslandseinsätzen zu überarbeiten und den Notwendigkeiten anzupassen,
6. die Bundeswehr so auszurüsten und auszustatten, dass sie uneingeschränkt bündnisfähig ist, den Anforderungen gerecht werden kann und den Soldatinnen und Soldaten größtmöglichen Schutz bietet,
7. den Mittelansatz für den Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2005 auf 25 Mrd. Euro zu erhöhen,
8. für die folgenden Jahre diesen Mittelansatz real zu verstetigen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 32. Sitzung am 28. April 2004 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 45. Sitzung am 31. März 2004 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 28. April 2004 den Antrag auf Drucksache 15/2662 gemeinsam mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/2656 und dem Antrag der CDU/CSU auf Drucksache 15/2388 beraten. Er wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde deutlich gemacht, dass man die beantragte Aussetzung der Wehrpflicht zum jetzigen Zeitpunkt als nicht entscheidungsreif ablehne; gegenwärtig müsse die Ausgestaltung der allgemeinen Wehrpflicht an das veränderte Aufgabenspektrum der Bundeswehr angepasst werden. Im Übrigen werde auf den Klärungsprozess, d. h. Überprüfung der Wehrverfassung vor Ende der Legislaturperiode, wie im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vereinbart, verwiesen.

Aus Sicht der **Fraktion der CDU/CSU** enthält der Antrag auch Inhalte, die mitgetragen werden könnten. Die Position zur allgemeinen Wehrpflicht lehnt man jedoch ab.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde betont, dass die Wehrpflicht auch Vorteile habe, jedoch von der Sicherheitslage abhängig sei und – wie im Antrag eingehend begründet – ausgesetzt werden solle.

Im Übrigen dürfe eine Umstrukturierung der Bundeswehr nicht ausschließlich unter Haushaltsgesichtspunkten gesehen werden. Insoweit werde gefordert, den Mittelansatz für den Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2005 auf 25 Mrd. Euro zu erhöhen, wobei der Mittelansatz in den folgenden Jahren real zu verstetigen sei.

Berlin, den 7. Mai 2004

**Rainer Arnold**  
Berichterstatter

**Christian Schmidt (Fürth)**  
Berichterstatter

